



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Brigitte Pothmer  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Dr. Ralf Brauksiepe**

Parlamentarischer Staatssekretär

Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2660

FAX +49 30 18 527-2664

E-MAIL [buero.brauksiepe@bmas.bund.de](mailto:buero.brauksiepe@bmas.bund.de)

Berlin, 6. Juni 2012

**Schriftliche Frage im Mai 2012**

**Arbeitsnummer 323**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

**Schriftliche Frage im Mai 2012**

**Arbeitsnummer 323**

Frage Nr. 323:

An welchen konkreten Positionen und Vertretern scheitert bislang in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Umsetzung der von der Bundesregierung im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat abgegebenen Protokollerklärung zu dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (BT-Drs. 17/6277, 17/6853 und 17/7065) vom 21.11.11 zur Förderung von Jugendwerkstätten insbesondere bezogen auf die Frage der Erfordernis der Kriterien „Zusätzlichkeit“, „öffentliches Interesse“ und „Wettbewerbsneutralität“ hinsichtlich der in Jugendwerkstätten erlaubten Tätigkeiten bzw. herzustellenden Produkte, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Anpassung des Fachkonzeptes der Bundesagentur für Arbeit für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen wie beabsichtigt zeitnah mit dem Ziel erfolgen kann, im Sinne größerer Flexibilität passgenauere Lösungen vor Ort zu ermöglichen, mit deren Hilfe benachteiligte Jugendliche realitätsnah auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet werden bzw. in eine Ausbildung münden können?

Antwort:

Es besteht Einvernehmen zwischen Bund und Ländern, dass produktionsorientierte Ansätze bei bestimmten Personengruppen sinnvolle Bestandteile von Eingliederungsmaßnahmen sein können. Aus Sicht der Bundesregierung darf es hierdurch nicht zu Beeinträchtigungen der Wirtschaft kommen. Das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales prüft gegenwärtig die praxisgerechte Ausgestaltung entsprechender Prüfkriterien für die Konzipierung solcher Eingliederungsmaßnahmen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat auf Bitte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Umsetzung der Protokollerklärung zwischenzeitlich mit der Ausarbeitung eines Fachkonzeptes für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, das dem Anliegen der Protokollerklärung gerecht wird, begonnen. Länder- und Verbandsvertreter sind beratend eingebunden worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales begleitet die Arbeit. Die Arbeiten werden voraussichtlich im Herbst abgeschlossen. Die Förderung soll im Jahr 2013 beginnen.